

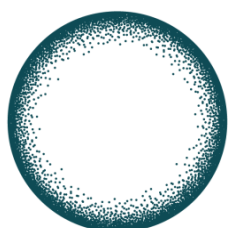
SCHULDENSTOPP ODER STAATLICHE INVESTITIONEN?

**Kurzbericht zu den Einstellungen der
Bevölkerung in Deutschland**

**Dr. Jan Eichhorn
Dr. Tobias Spöri**

Obwohl viele Menschen in Deutschland eine grundsätzlich negative Haltung zu Staatsschulden haben, zeigt sich ein großer Teil gleichzeitig offen für kreditfinanzierte Investitionen des Staates. Dies geht aus einer umfassenden, repräsentativen Umfrage von d|part und dem Forum New Economy hervor. Danach befürwortet eine Mehrheit das Ziel, generell keine neuen Schulden aufzunehmen. Gleichzeitig stimmt aber auch eine ähnlich große Mehrheit der Aussage zu, dass es besser sei, „für schuldenfinanzierte Zukunftsinvestitionen heute Schulden zu machen“, als „unseren Kindern einen kaputten Planeten zu hinterlassen“.

Für die Umfrage wurden 1968 Menschen in Deutschland im Alter zwischen 16 und 80 Jahren vom 18. bis 30. Oktober 2024 repräsentativ ausgewählt. Die Teilnehmenden wurden dabei zu verschiedenen grundsätzlichen Einstellungen hinsichtlich der Aufnahme zusätzlicher Staatsschulden sowie zu schuldenfinanzierten Staatsinvestitionen und Narrativen befragt, die in aktuellen ökonomischen Debatten (z. B. zur Schuldenbremse) verwendet werden. Die Stichprobe ist repräsentativ für Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Bundesland und berücksichtigt zusätzlich mehrere Kreuzquoten. Weitere Informationen zum Projekt und der Methodik finden sich auf der [Projektseite](#) von d|part.



**FORUM^{FOR A}
NEW
ECONOMY**

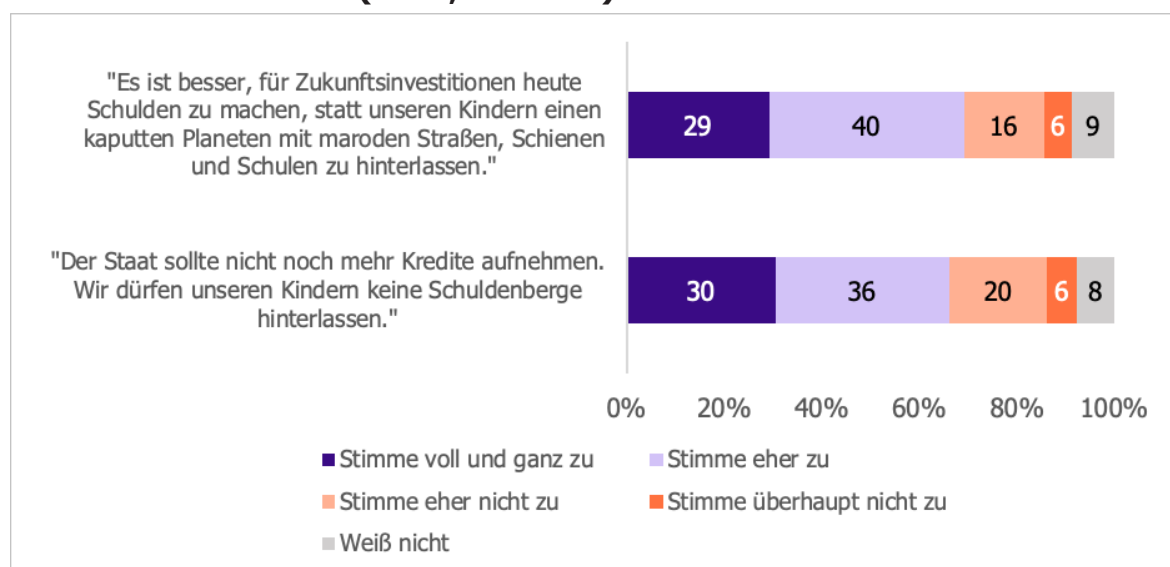
d|part

Think Tank für politische Partizipation

Neue Staatsschulden sind grundsätzlich unpopulär, doch eine große Mehrheit unterstützt neue Schulden, wenn sie für Investitionen verwendet werden.

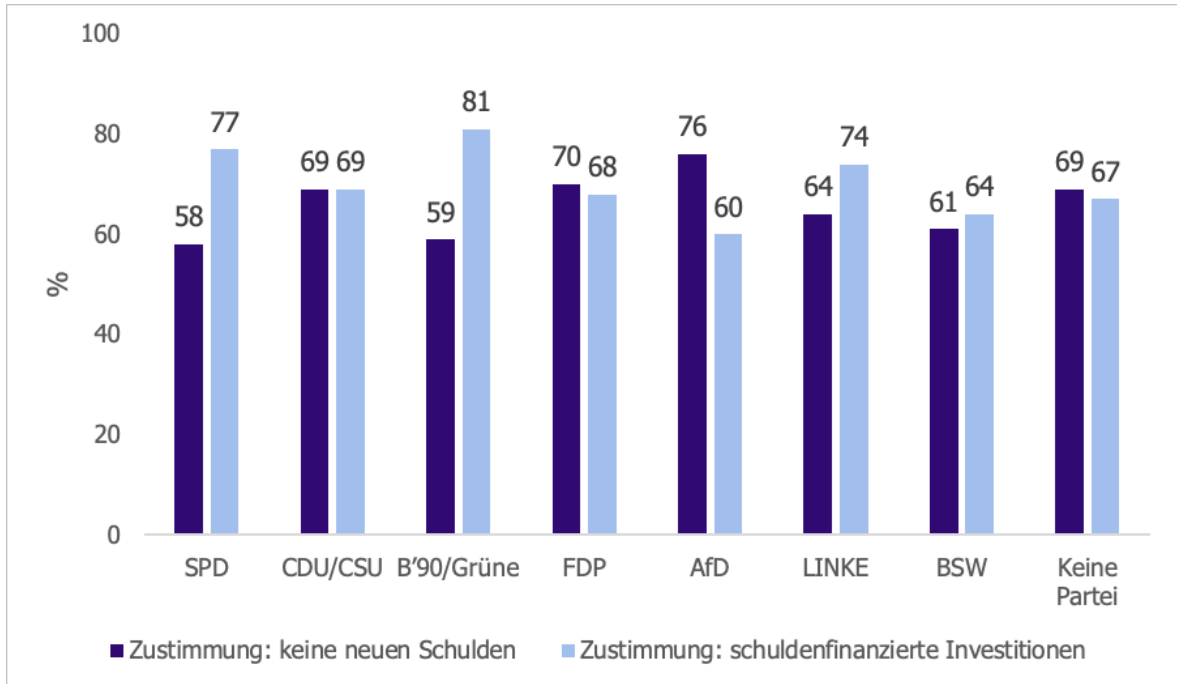
Wenn einfach abgefragt wird, ob sich der Staat nicht weiter verschulden solle („um den Kindern keine Schuldenberge zu hinterlassen“), findet dies die Unterstützung von rund zwei Dritteln der Bevölkerung (Abbildung 1). Zugleich befürworten aber auch ungefähr zwei Drittel der Menschen die Aussage, dass der Staat heute Schulden machen sollte, um dadurch Investitionen zu ermöglichen (und um „den Kindern keinen kaputten Planeten zu hinterlassen“). Dies verdeutlicht somit eine gewisse Widersprüchlichkeit, beide Aussagen stoßen auf ähnliche große Zustimmung. Gleichzeitig wird jedoch auch deutlich, dass die Mehrheit der Menschen neue Schulden für Investitionen befürwortet, wenn die Schuldenaufnahme mit einem Zweck verbunden ist, den sie grundsätzlich unterstützen.

Abbildung 1: Einstellungen zu neuen Staatsschulden und schuldenfinanzierten Investitionen (in %, N=1968)



Das gilt über Parteigrenzen hinweg (Abbildung 2). Bei keiner Partei liegt die Zustimmung der jeweiligen Parteianhänger*innen zu schuldenfinanzierten Investitionen unter 60 Prozent. Der höchste Zuspruch findet sich bei den Grünen (81%), der SPD (77%) und den Linken (74%). Auch bei CDU/CSU (69%) und der FDP (67%) ist die Zustimmung deutlich ausgeprägt. Nur bei der AfD gibt es deutlich mehr Menschen, die generell gegen neue Schulden stimmen, als solche die für schuldenfinanzierte Investitionen sind.

Abbildung 2: Einstellungen zu neuen Staatsschulden und schuldenfinanzierten Investitionen nach Partiaffinität (in %, N=1968)

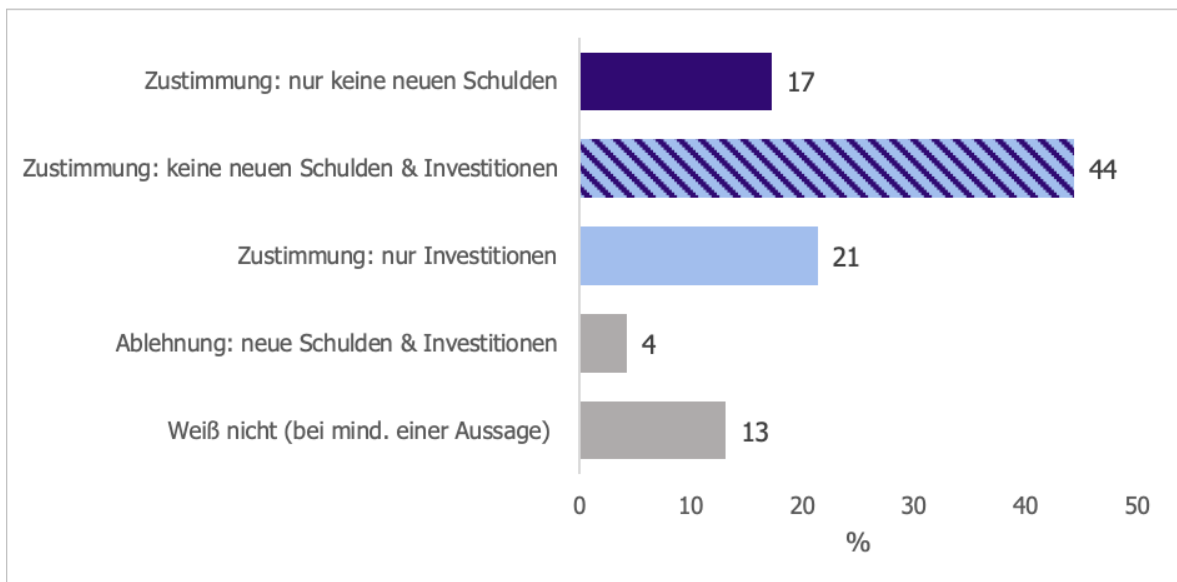


Viele Schnellumfragen beleuchten jedoch nur eine Seite der Diskussion, nämlich ob Menschen zusätzliche Staatsschulden befürworten oder nicht. Es wäre jedoch ein großer Fehler, aus der allgemeinen generellen Ablehnung gegenüber neuen Staatsschulden zu schließen, dass die staatliche Aufnahme neuer Schulden unter allen Umständen abgelehnt wird. Im Gegenteil: Wenn es um die Finanzierung wichtiger Investitionen für die Zukunft geht, stimmen die meisten Menschen in Deutschland der Aufnahme neuer Schulden zu. Es macht also einen Unterschied, ob über Schulden abstrakt oder in Bezug auf ein konkretes Ziel gesprochen wird.

Nur etwa eine von sechs Personen in Deutschland lehnt sowohl neue Staatsschulden als auch schuldenfinanzierte Investitionen ab

Tatsächlich sind es nur 17 Prozent der Deutschen, die finden, dass der Staat keine neuen Kredite aufnehmen soll und auch schuldenfinanzierte Investitionen ablehnen (Abbildung 3). Umgekehrt befürworten 21 Prozent schuldenfinanzierte Investitionen des Staates und lehnen neue Schulden auch generell nicht ab. Die am häufigsten vertretene Position in der deutschen Bevölkerung ist die Zustimmung zu beiden Aussagen: 44 Prozent finden generell das Ziel keine neuen Schulden aufzunehmen gut, unterstützen aber gleichzeitig die Aufnahme neuer Schulden, wenn sie Investitionen dienen.

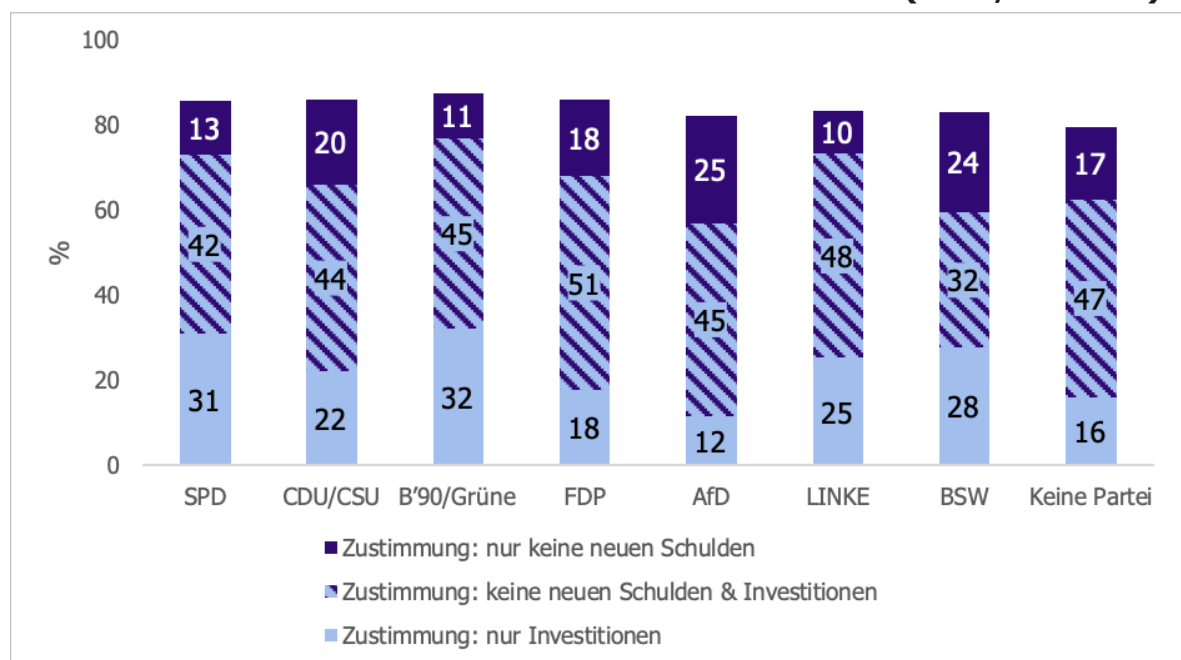
Abbildung 3: Ansichtsprofile zu neuen Staatsschulden und schuldenfinanzierten Investitionen (in %, N=1968)



Ablehnung weiterer Schulden unter Inkaufnahme ausbleibender Investitionen über alle Parteigrenzen und in allen Altersgruppen in der Minderheit

Das gilt erneut über Parteigrenzen hinweg. Mit Ausnahme der BSW-Anhänger*innen unterstützen parteiübergreifend mehr als 40 Prozent sowohl schuldenfinanzierte Investitionen als auch das Ziel, die Staatsschulden nicht weiter zu erhöhen. Eine Ablehnung zusätzlicher Staatsschulden bei gleichzeitiger Ablehnung schuldenfinanzierter Investitionen ist durchgängig eine Minderheitenmeinung, die nur maximal ein Viertel (bei BSW und AfD) oder ein Fünftel der Befragten (bei CDU/CSU und FDP) äußern. Unter Unions-Anhänger*innen und Liberalen ist der Anteil derer, die nur schuldenfinanzierte Investitionen unterstützen ähnlich hoch (18-22%). Bei SPD und Grünen gibt es unter den Unterstützer*innen jeweils circa dreimal so viele, die nur schuldenfinanzierten Investitionen zustimmen (31-32%) im Vergleich zu jenen, die den Verzicht auf neue Staatsschulden allein unterstützen (10-11%).

Abbildung 4: Ansichtsprofile zu neuen Staatsschulden und schuldenfinanzierten Investitionen nach Parteiaffinität (in %, N=1968)



*zu 100% fehlende Angaben je Partei: Ablehnung beider Aussagen oder „Weiß nicht“-Angaben

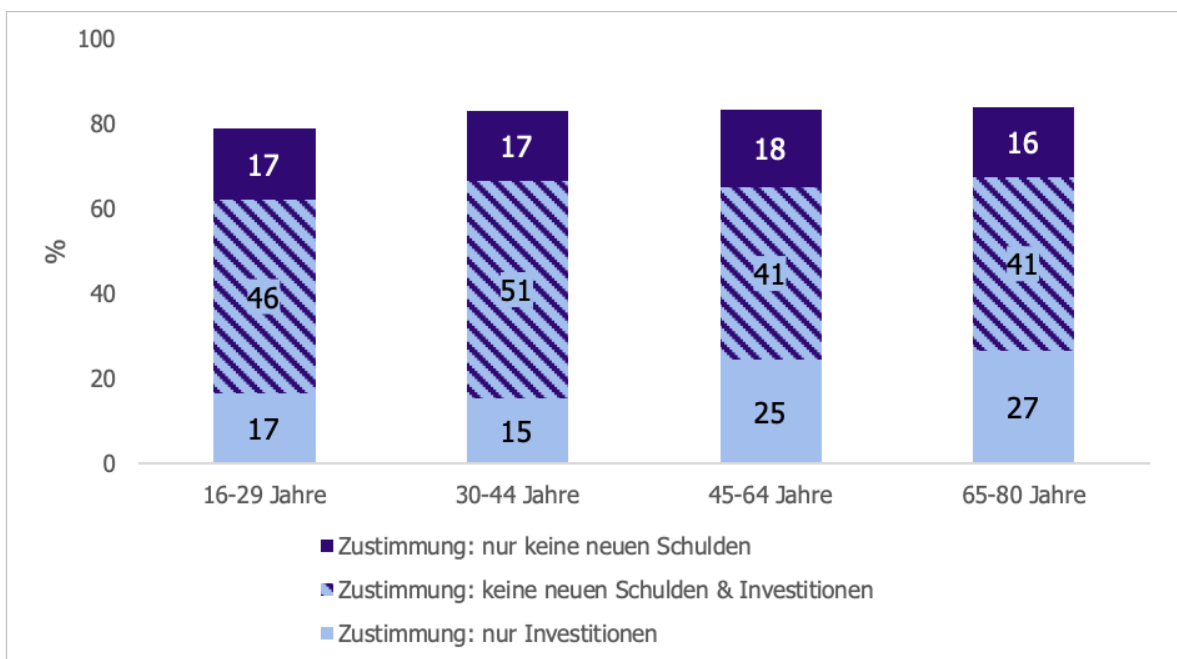
Insofern wäre es ein Fehler für Parteien davon auszugehen, dass ein Programm, aufbauend auf einem Festhalten an einem Schuldenstopp unter Inkaufnahme von geringen Staatsinvestitionen, viele Menschen überzeugen könnte. Über alle Parteigrenzen hinweg spiegelt solch eine Position lediglich die Meinung einer deutlichen Minderheit wider.

Dieses Bild zieht sich durch die gesamte Gesellschaft, nicht nur in Bezug auf Parteipräferenzen, sondern beispielsweise auch über Altersgrenzen hinweg. In allen

Altersgruppen stimmen jeweils über 40 Prozent schuldenfinanzierten Investitionen zu und befürworten es, generell keine neuen Schulden zu machen (Abbildung 5).

Weniger als 20 Prozent innerhalb jeder Altersgruppe würden ausschließlich Letzteres unterstützen und schuldenfinanzierte Investitionen ablehnen. Dies widerspricht auch der Annahme, dass jüngere Generationen primär Sorgen um Staatsschulden haben. Auch sie befürworten Schulden, wenn es darum geht, Investitionen in die Zukunft zu finanzieren („um den Kindern keinen kaputten Planeten zu hinterlassen“).

Abbildung 5: Ansichtsprofile zu neuen Staatsschulden und schuldenfinanzierten Investitionen nach Altersgruppen (in %, N=1968)



*zu 100% fehlende Angaben je Altersgruppe: Ablehnung beider Aussagen oder „Weiß nicht“-Angaben

Eine große Mehrheit in Deutschland findet, dass der Staat Schulden aufnehmen sollte, um zu investieren und das Leben der Menschen zu verbessern

Die Ergebnisse zeigen, dass die Menschen in Deutschland kein simples, einseitiges Bild von Staatsschulden haben. Vieles spricht dafür, dass dies auch einen Meinungswandel weg von einer klaren Ablehnung neuer Staatsschulden widerspiegelt. Die klassische Erzählung, wonach es wichtig ist, die staatliche Schuldenaufnahme grundsätzlich zu begrenzen, findet nach wie vor breite Zustimmung. Das bedeutet jedoch umgekehrt nicht, dass die Menschen Staatsschulden grundsätzlich ablehnen. Im Gegenteil, eine große Mehrheit findet, dass sich der Staat Geld leihen sollte, um zu investieren und das Leben der Menschen zu verbessern.

Das gilt über Parteipräferenzen und Altersgruppen hinweg. Ein alleiniger Fokus auf das Eindämmen der Staatsschulden ist eine Minderheitenmeinung in allen Gruppen. Ansichten in der Bevölkerung in Deutschland zu Staatsschuldenfragen sind somit nicht simpel, sondern auf den ersten Blick widersprüchlich und hängen stark vom jeweils gegebenen Kontext ab. Einseitige Umfragen oder Narrative, die den Fokus auf nur eine Seite der Diskussion reduzieren, spiegeln somit die Perspektiven der Bevölkerung nicht ausreichend gut wider.

Autoren

Dr. Jan Eichhorn

Jan ist Mitgründer und Partner von d|part sowie Forschungsdirektor des Think Tanks. Seine Schwerpunkte sind Jugendbeteiligung, ökonomische Verständnisse sowie Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsperspektiven. Neben seiner Arbeit bei d|part ist Jan auch Senior Lecturer für Sozialpolitik an der Universität von Edinburgh. Er hat einen Bachelor in integrierter Sozialwissenschaft von der Jacobs University Bremen und einen Dokortitel in Soziologie von der University of Edinburgh.

Dr. Tobias Spöri

Tobias ist Senior Research Fellow bei d|part und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Transformation der Demokratie in Europa, politischer Beteiligung und Bevölkerungseinstellungen. Er hat einen Dokortitel der Universität Wien und einen postgradualen Abschluss vom Institut für Höhere Studien in Wien (IHS).

Organisationen

d | part

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin und führt Forschung zur Förderung von politischer Partizipation durch. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, eine Gesellschaft zu werden, in der alle Menschen in politischen Prozessen mitsprechen, mitmachen und sich beteiligen können. Um dies zu erreichen, müssen wir politische Partizipation besser verstehen, stärken und weiterentwickeln. In unserer Arbeit verfolgen wir das Ziel, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen, die wir aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten einbringen sowie an verschiedene Zielgruppen herantragen.

Forum New Economy

Das Forum New Economy ist eine überparteiliche Plattform, die neue übergreifende Lösungen für die großen Herausforderungen des Klimawandels, wachsender Ungleichheit und der Globalisierung sowie eine moderne Rolle des Staates fördert. Unsere Arbeit basiert auf der Annahme, dass es im Kampf gegen diese Herausforderungen mehr braucht als einzelne technische Antworten. Es mangelt vielmehr an einem neuen wirtschaftlichen Paradigma, das Orientierung bietet. Ziel des Forum ist es daher, die Entstehung eines neuen Leitbildes in der Wirtschaftspolitik zu beschleunigen.

Veröffentlicht im Januar 2025

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Dieser Bericht ist eine Kooperation zwischen d|part und Forum New Economy.

Mit finanzieller Unterstützung der European Climate Foundation durch das Forum New Economy.

Diese Publikation ist als PDF-Datei auf der Projekt-Website www.dpart.org/de/projects/oeffentliches-verstaendnis-der-wirtschaft-und-paradigmenwechsel unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange d|part und Forum New Economy genannt werden und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

Kontakt

d|part Forschung für politische Partizipation

www.dpart.org
info@dpart.org

Skalitzer Str. 33
10999 Berlin

Presse

Lea Gronenberg
Head of Communications

l.gronenberg@dpart.org
+49 15566 917551